

**Motion SP-Fraktion:
«Demokratie und Mitsprache bei Atomanlagen**

Die aktuelle Situation bei der Energieversorgung erfordert in den nächsten Jahren grundlegende Entscheide. Soll die drohende Versorgungslücke mit neuen Atom-Grosskraftwerken gefüllt werden, oder soll mit der Förderung von erneuerbaren Energien und dem Ausschöpfen des Energiesparpotentials ein anderer Weg eingeschlagen werden?

Neue Atomanlagen stossen bei grossen Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung. Die möglichen Auswirkungen von solchen Anlagen sind enorm. Deshalb darf der Entscheid, ob neuen Atom-Grosskraftwerken der Vorzug gegeben wird, nicht allein dem Axpo-Verwaltungsrat überlassen werden. Parlament und Volk sollen in die Entscheidung einbezogen werden können.

Der Kanton St.Gallen beteiligt sich stark an der SAK bzw. der Axpo. In der sehr entscheidenden Frage, ob diese Mittel auch für Atomanlagen eingesetzt werden, muss die demokratische Mitwirkung von Parlament bzw. Volk gewährleistet sein.

Die Regierung wird deshalb eingeladen, gesetzlich zu regeln, dass der Kantonsrat über die Beteiligung an neuen Atomkraftwerken beschliesst. Beteiligungen gleichgestellt sind Kapitalerhöhungen zu deren Finanzierung, langfristige Bezugsverträge, Kreditaufnahmen, öffentlich-rechtliche Bürgschaften oder die Verwendung von Rückstellungen, Gewinnen und dergleichen, die direkt oder indirekt diesem Zweck dienen. Solche Beschlüsse sind dem fakultativen Referendum zu unterstellen.»

26. September 2005

SP-Fraktion